

Geplante TU Linz sorgt für Unmut

Die Präsidentin der Universitätenkonferenz, Sabine Seidler, ortet kurzfristige politische Motive hinter der vom Kanzler im Vorjahr angepriesenen Gründungsidee. Gerade in Oberösterreich gebe es keinen Bedarf für eine neue Uni.

Theo Anders

Vergangenen August wurde sie von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) als „Digitalisierungsauhängeschild Österreichs“ angekündigt, im Herbst 2023 soll sie bereits mit Studierenden in Betrieb gehen – ein greifbares Konzept gibt es für die technische Universität in Oberösterreich allerdings noch nicht. Bei Sabine Seidler, der Präsidentin der Universitätenkonferenz (Uniko), sorgt das Prozedere rund um die neue Uni für einigen Unmut, wie sie am Montagabend bei einem Gespräch mit Journalisten deutlich machte.

Auch die politischen Akteure hinter dem Hochschulprojekt kamen bei der Vertreterin der heimischen Uni-Rektoren nicht gut weg.

Schon der Startschuss aus dem Nichts im Sommer 2020 habe sie „sprachlos“ zurückgelassen, berichtete Seidler. Niemand habe vor des Kanzlers Ankündigung mit der Uniko auch nur ein Wort über die Neugründung gewechselt. Richtiggehend „politisch überrollt“ seien die Unis worden.

Und nicht nur diese, glaubt Seidler: Auch der eigentlich zuständige Wissenschaftsminister Heinz Faßmann (ÖVP) sei zunächst nicht eingebunden gewesen und erst kurz vor der medialen Anpreisung über die Idee in Kenntnis gesetzt worden.

Parallelstrukturen

Dabei sei eine Uni-Neugründung eine einschneidende Entwicklung, die erhebliche Investitionen erfordere und die heimische Hochschullandschaft für Jahrzehnte präge. Strategische Planung samt Bedarfsermittlung tue daher bei einem solchen Großvorhaben not, in der Realität habe diese aber nach ihrer Wahrnehmung nicht stattgefunden. Seidler selbst, die auch als Rektorin der Wiener TU amtiert, kann keinen Bedarf für die neue Universität erkennen.

Sie verweist darauf, dass es in Oberösterreich mit der Johannes-Kepler-Universität (JKU) inklusive Linz Institute of Technology (LIT) bereits einen ausgeprägten technischen und industrierelevanten Fokus gebe. Einen Schwerpunkt Digitalisierung hielte sie folglich an der JKU für gut aufgehoben – eine Pa-



Foto: Andy Urban

Sabine Seidler vermisst bis dato eine sinnvolle Strategie für das Projekt einer neuen technischen Uni, die in Oberösterreich entstehen soll. Eine Konzeptgruppe soll diese Aufgabe nun bis Jahresende vorantreiben.

rallelstruktur durch eine zusätzliche Uni hingegen für wenig sinnvoll. Weiterhin unbestimmt ist übrigens der Standort für die neue Uni; Linz gilt zwar nach wie vor als klarer Favorit, doch auch Wels, Steyr und Leonding mischen mit.

Zeitdruck wegen Wahl

Dass trotz unausgeglichener Planung „großer Zeitdruck“ im Hinblick auf die Etablierung eines Studienbetriebs an der zu schaffenden TU gemacht werde, ist für die Uniko-Chefin sachlich unbegründet.

Dahinter stünden wohl eher kurzfristige politische Motive, da die Uni-Gründung ein Prestigeprojekt des oberösterreichischen Landeshauptmanns Thomas Stelzer (ÖVP) sei: „Es gibt hier sicher einen direkten Konnex zwischen den bevorstehenden Landtagswahlen und dem Druck, der da gemacht wird.“

Entbehrlich findet Seidler die auch vom Wissenschaftsministerium ventilerte Idee, für die TU Oberösterreich ein eigenes Gesetz zu schreiben, anstatt sie in das bestehende Universitätsgesetz (UG) zu integrieren: „Keinesfalls braucht es noch einen neuen Typ tertiärer Bildungseinrichtungen.“ Ein Sondersystem würde die Kooperationsfähigkeit mit den restlichen 22 öffentlichen Unis hemmen, die alle dem UG unterliegen.

Konzeptgruppe tagt

Ende Mai wurde von Minister Faßmann und Landeshauptmann Stelzer eine „Konzeptgruppe“ einberufen, die das akademische Profil für die künftige TU erarbeiten soll. Zu deren Leiter wurde Gerhard Eschelbeck, ehemals IT-Sicherheitschef bei Google, auserkoren.

Überdies sind Professorinnen und Professoren aus dem informatisch-technischen Bereich dabei. Ebenso mit an Bord: Vertreter von Softwareunternehmen und der Technologiesprecher der Industriesparte in der oberösterreichischen Wirtschaftskammer.

Bis Jahresende sollen von der Konzeptgruppe „weitere Umsetzungsschritte“ bei der Festlegung von Studienrichtungen, Forschungsschwerpunkten und Kooperationspartnern gegangen werden.

AG koaliert an Montan-Uni mit ÖH-Fraktion vom rechten Rand

Die ÖVP-nahe Gruppierung hat einen Pakt mit einer Liste geschlossen, die den FPÖ-Studenten und Burschenschaften nahesteht

Theo Anders

Die Montanuniversität Leoben war in der Studierendenpolitik lange Zeit eine Hochburg der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft (AG). Bis zuletzt hatte die AG in der Uni-Vertretung sogar die absolute Mehrheit an Mandaten, diese ist durch die vergangene ÖH-Wahl im Mai aber passé. Ein Minus von sieben Prozentpunkten brachte einen Absturz auf 41 Prozent der Stimmen, das reicht nur mehr für vier von neun Sitzen. Ebenso viele Sitze konnte mit starken Zugewinnen der Verband Sozialistischer StudentInnen (VSSStÖ) erringen. Ein Sitz fiel – traditionellerweise – an die Liste Leobner Studenten (LLSt), die 18 Prozent bekam.

In den Koalitionsverhandlungen hat sich die Aktionsgemeinschaft nun für eine Zusammenarbeit mit der Liste Leobner Studenten entschieden, der VSSStÖ muss hingegen in die Opposition. Das ist insofern

bemerkenswert, als die AG im Wahlkampf eine Koalition mit kommunistischen Fraktionen, aber auch „mit dem rechten Rand“ ausgeschlossen hat, womit AG-Chefin Sabine Hanger den Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) meinte.

Die LLSt gilt jedoch als eng mit dem RFS verbandelt, der in Leoben selbst nicht unter seinem Namen antritt. Noch im Wahlkampf 2019 wurde die LLSt auf der RFS-Website als Untergruppe angeführt, für die Kontaktaufnahme in Leoben wurde vom RFS auf die Internetauftritte der LLSt verwiesen.

Ledersprung und Bier

Auch der personelle Austausch war über die Jahre hinweg eng: So mutierte etwa der langjährige LLSt-Aktivist Lukas Feichtenschlager 2017 zum Bundesobmann des RFS. Auf STANDARD-Anfrage zu ihrer Verbindung mit den Blauen schreibt die LLSt: Man habe bei den letzten beiden ÖH-Wahlen nicht „als RFS

kandidiert“. Als unabhängige Leobner Fraktion lasse man sich nicht in eine „bundesweite parteiliche Meinung“ einordnen.

Die ideologische Stoßrichtung der LLSt zeigt sich freilich durch ihre Verankerung im burschenschaftlichen Milieu, das an der Uni Leoben eine ungewöhnlich große Rolle spielt. So sieht sich die LLSt als Bewahrerin lokaler bergmännischer Traditionen, etwa des Bierauszugs und des Ledersprungs. Zudem will sich die Liste gegen „Erfindungen wie das dritte Geschlecht und das Binnen-I“ einsetzen sowie „einen Verfall des guten Rufes unserer Alma Mater durch Instrumentalisierung politisch linker Themen“ verhindern.

Die Funktion des Schriftführers wird beim LLSt als „Schriftwart“ bezeichnet. Auf die Frage, ob die Liste deutschnational ausgerichtet ist, erhält der STANDARD anstelle einer Bejahung oder Verneinung folgende Maxime geliefert: „Eine gesell-

schaftspolitische Einordnung ist absolut unzulässig.“ Durch die Koalition mit der AG wurde nun LLSt-Mandatar Johannes Kössler zum Leobener Vize-ÖH-Chef befördert. Ob Kössler Mitglied der schlagenden Burschenschaft Cruxia ist, will die LLSt „aus datenschutzrechtlichen Gründen“ nicht sagen.

Evidente personelle Überschneidungen gab es in der jüngeren Vergangenheit jedenfalls immer wieder mit der Burschenschaft „Leder“, die vor drei Jahren durch einen Flyer mit dem Bild eines NS-Malers samt homophober Botschaft auffiel. So war der Sprecher von „Leder“ 2019 zugleich Vizechef der LLSt, zuvor außerdem Funktionär der FPÖ-Jugend.

Ansage mit Einschränkung

Wie passt all das nun zur Ankündigung der AG-Vorsitzenden Sabine Hanger, ihre Fraktion werde keine Koalition mit dem rechten Rand formen? Zum STANDARD heißt es,

diese Ansage habe sich „rein auf die Ebene der Bundes-ÖH“ bezogen. Überdies greife man wegen der föderalen Struktur der AG in Entscheidungen der lokalen Untergruppen nicht ein.

Die Aktionsgemeinschaft Leoben selbst sagt zur neuen Koalition an der Montan-Uni, dass man die LLSt als „konstruktiven Partner kennenlernen“ habe. Die Studierenden „und nicht gesellschaftspolitische Agenden“ sollten in den Vordergrund gestellt werden. Der Koalitionsvertrag wird nicht offengelegt, Hauptthemen für die kommenden zwei Jahre seien aber etwa: „Fokussierung auf Gleichstellung und Inklusion“ und die bessere Verknüpfung digitaler Lernplattformen.

Der Leobener VSSStÖ kritisiert die Einigung scharf. Man habe sich sehr um eine Koalition bemüht, doch die AG habe lieber eine Liste vom rechten Rand in das Vorsitzteam gehievt, weil ihr diese eine billige Mehrheit beschafft habe.